

Studie über Effekte der Flüchtlingsmigration in Deutschland

## Kölner Konjunkturprogramm

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln hat die „Gesamtwirtschaftlichen Effekte der Flüchtlingsmigration in Deutschland“ analysiert. Die Studie ist wissenschaftlich fundiert, aber durch die gesetzten Annahmen und die Bewertung der Ergebnisse sowie durch mediale Verkürzung können Halbwahrheiten zu falschen Schlussfolgerungen verleiten. „Die Flüchtlingszuwanderung kann einer Studie zufolge das deutsche Wirtschaftswachstum ankurbeln“, meldete am 15. Januar die Deutsche Presse-Agentur. Nach IW-Berechnungen könne „das Bruttoinlandsprodukt durch den Zustrom Hunderttausender Menschen bis 2020 um insgesamt rund 90 Milliarden Euro steigen. Das IW schätzt den BIP-Zuwachs in diesem Jahr auf rund 0,4 Prozent. Bis 2020 könnte sich dieser Effekt auf knapp ein Prozent jährlich erhöhen.“



VON DIRK MEYER

»Der prognostizierte Wachstumsschub beruht auf fragwürdigen Annahmen.«

Tatsächlich entsteht ein Nachfrageeffekt (JF 47/15) durch die staatlichen Ausgaben pro Flüchtling von 12.000 Euro jährlich für Unterbringung, Sprach- und Schulungskurse sowie Gesundheitskosten, soweit die Zuzügler beschäftigungslos sind. Bei 890.000 (2015) und 320.000 (2016) Flüchtlingen ergeben sich Mehrausgaben von 14,5 Milliarden Euro, die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhen, ohne daß die Frage der Mittelherkunft gestellt wird. Hinzu kommt, daß bei einem Importanteil der Verausgabungen von 40 Prozent nur 8,7 Milliarden Euro im Inland verbleiben, der Rest

ist ein Konjunkturprogramm für das vornehmlich europäische Ausland.

Der mediale dominante Hinweis auf diesen vordergründigen konjunkturellen Effekt läßt außer acht, daß bei einem zukünftig angenommenen Zustrom von jährlich etwa 200.000 Flüchtlingen laut IW-Studie das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung von 2016 um 400 Euro (1,0 Prozent) und bis 2020 um 800 Euro (1,8 Prozent) fallen wird. Die wesentliche Ursache besteht in dem zunehmenden Familiennachzug durch Frauen und

Kinder mit insgesamt geringerer Erwerbsneigung.

Die langfristigen Effekte auf das Wirtschaftswachstum (Potentialeffekt) hängen zentral von den Annahmen über die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt ab. Die IW-Studie geht davon aus, daß 50 Prozent eine Erwerbstätigkeit anstreben. Die andere Hälfte sind Kinder, Alte und Frauen, die sich um die Erziehung kümmern. 20 Prozent der Erwerbswilligen, also zehn Prozent aller Flüchtlinge, sollen danach bereits im ersten Jahr

ein Arbeitsplatz finden. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist die Beschäftigung von Flüchtlingen aber nur um 51.000 (4,2 Prozent) auf der Basis der in den vergangenen beiden Jahren Zugewanderten gestiegen. Der „Wachstumsschub“ beruht auf fragwürdigen Annahmen und paßt eher zur Kategorie „Fake News“.

IW-Studie „Gesamtwirtschaftliche Effekte der Flüchtlingsmigration in Deutschland“:  
► www.iwkoeln.de/studien/iw-trends



Der Traum vom eigenen Haus ist in weite Ferne gerückt: Junge Familien und Selbständige in Deutschland seit 2016 besonders benachteiligt

## Der Reparaturbetrieb der EZB

Immobilienmarkt: Neue Regulierungen zur Abwehr von Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems

DIRK MEYER

Die Folgen der „außergewöhnlichen“ Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sind unübersehbar. Zwar wurde das Inflationsziel von knapp unter zwei Prozent bislang nicht erreicht. Demgegenüber gibt es jedoch Anzeichen, daß die umfangreiche Liquiditätsausweitung eine Vermögenspreisinflation verursacht. So sind die Preise für Wohneigentum in Deutschland gegenüber dem Vorjahr weiter angestiegen. Ein Zinsanstieg bei gleichzeitigem Rückgang der Immobilienpreise könnte Kreditnehmer bei Anschlußkrediten vor Probleme stellen und eine Krise im Immobilien- und Kreditmarkt auslösen. Diese Risiken haben den Gesetzgeber auf den Plan gerufen.

Nachdem die neuen Regeln zur Kreditvergabe durch das Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie vom 11. März 2016 in der Kredit- und Immobilienwirtschaft sowie beim Bundesverband der Verbraucherzentralen bereits erhebliche Kritik hervorgerufen haben (JF 42/16 und 44/16), sorgt ein Kabinettsbeschluss der Bun-

desregierung vom 21. Dezember 2016 bezüglich eines Gesetzentwurfes zum Finanzaufsichtsergänzungsgesetz (FinErg Wohn) erneut für Aufsehen.

Kernpunkt der schon eingeführten Neuregelung durch die EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie ist eine De-facto-Entwertung der Grundschuldentragung, indem die Kreditwürdigkeitsprüfung zentral an die Person des Kreditnehmers knüpft. Der Grundsatz, daß die Rückzahlungsfähigkeit des Kredites während der Laufzeit sichergestellt sein muß (Paragraph 505b Absatz 2 BGB) hat einige Personengruppen besonders getroffen: ältere Personen, speziell Rentner, junge Familien und Selbständige mit schwer kalkulierbarem freien Einkommen und Grenzgänger, deren Einkommen Wechselkursrisiken unterliegen.

Der vorliegende Gesetzentwurf beinhaltet zwei Stoßrichtungen. Zum einen werden einige Kritikpunkte an der allzu restriktiv umgesetzten Wohnimmobilienkreditrichtlinie aufgenommen. So sollen Immobilienverzehrkredite von der Regelung ausgenommen werden, bei denen im Alter der Lebensunterhalt durch ein dinglich besichertes Darlehen geplant wird und im Todesfall die Bank die Immobilie verwerten darf.

Außerdem können Wertsteigerungen bei Krediten für Bau- und Renovierungsmaßnahmen berücksichtigt werden. Vorgesehen sind auch Ausnahmen für Anschlußfinanzierungen, die keiner verschärften Prüfung mehr unterliegen sollen. Rechtsverordnungen sollen Leitlinien der Kreditprüfung vorgeben, die unklare Rechtsbegriffe konkretisieren, um Haftungsrisiken aus möglichen Prüfungsfehlern zu vermeiden.

### Fragwürdige Wirksamkeit im Krisenfall

Zum anderen werden zusätzliche Vergabekriterien eingeführt, die eine Reaktion auf eine Empfehlung des nationalen Ausschusses für Finanzstabilität vom 30. Juni 2015 sind. Entsprechend wird in der FinErg-Begründung angegeben, neue Befugnisse für die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zu schaffen, „um einer möglichen Gefahr für die Finanzstabilität entgegenwirken zu können, die sich im Zusammenhang mit Überbewertungen auf Wohnimmobilienmärkten, nachlassenden Kreditvergabestandards sowie einer übermäßigen Expansion der Kreditvergabe ergeben kann“. Die Aktivierung der Maßnahmen ist im Krisenfall durch die BaFin vorgesehen, deren Entscheidung auf Analysen der Bundesbank gestützt wird. Entsprechend einem neu einzuführenden Paragraph 48u Kreditwesengesetz sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- eine Obergrenze für das Verhältnis von Darlehenshöhe und Immobilienwert („Beleihungsgrenze“);
- die Vorgabe eines Zeitraumes, in dem ein Anteil der Immobilienfinanzierung zurückgezahlt sein muß, alternativ die Vorgabe einer maximalen Laufzeit (Amortisationsanforderung);
- die Vorgabe einer Obergrenze für die gesamten Zins- und Tilgungsleistungen aller Darlehensverträge bezogen auf das verfügbare Einkommen des Darlehensnehmers (Schuldendienstfähigkeit; Schuldendienstdeckungsgrad);

• die Vorgabe einer Obergrenze für die Gesamtverschuldung bezogen auf das gesamte Einkommen in einem bestimmten Zeitraum (Gesamtverschuldung-Einkommens-Relation).

Da die Maßnahmen erst nach der Feststellung einer (drohenden) Überhitzung des deutschen Immobilienmarktes in Kraft gesetzt werden, stellt sich die Frage der Wirksamkeit als Instrument zur Finanzmarktstabilität. Eine zeitverzögerte Datenerfassung und -bewertung, nicht berücksichtigte Daten aus den anderen Mitgliedstaaten sowie die ausschließliche Erfassung von Neuverträgen lassen die Wirksamkeit im Krisenfall als fragwürdig erscheinen.

Der Regionalität von Blasen – Entleerungsräume versus Zuzugsräume – wird nicht Rechnung getragen. Es fehlen genaue Aufgriffsnormen zum Tätigwerden der Bafin. Zudem werden Stundungen, Ratenanpassungen und Laufzeitverlängerungen ausgeschlossen, die jedoch seitens der Kreditnehmer notwendig wären, um das Ausfallrisiko zu senken. Darüber hinaus wird die Gesamtsicht des Kreditnehmerspotentials eines Haushaltes weiterhin unzureichend berücksichtigt. Die Vermögenslage, bereits bestehende anderweitige Verpflichtungen sowie das Konsumverhalten bleiben bei der Kreditprüfung außen vor.

Fazit: Der FinErg-Entwurf berücksichtigt zwar einige Kritikpunkte, beinhaltet aber weitere planwirtschaftliche Eingriffe in die Vertragsfreiheit und in die Marktsteuerung. Die damit verbundene, sogenannte makroprudenzielle Regulierung ist der „außergewöhnlichen“ Geldpolitik der EZB und den daraus erwachsenden Gefahren für die Finanzstabilität geschuldet. Anders ausgedrückt: Die deutsche Politik wird zum Handlanger einer Zentralbank, die mit der Verbilligung des Kreditzuges der Krisenstaaten ihre Kompetenzen überschreitet.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

VW-Manager in den USA wegen Dieseldgate-„Komplot“ angeklagt

## Aus der Sonne in den Knast

Von Thomas Fasbender

Wer es sich leisten kann, verbringt den Jahreswechsel bei sonnigen 28 Grad in Miami. Aber warum reiste Oliver Schmidt – 2012 bis 2015 Chef des VW-Umweltbüros im winterkalten Michigan – nach Florida? Er wurde vor dem Rückflug vom FBI festgenommen, angeklagt und wegen Fluchtgefahr inhaftiert. Ihm drohen bis zu 169 Jahre Gefängnis. In Wolfsburg wäre der Motorenexperte sicher gewesen – Deutschland liefert die eigenen Bürger nur an EU-Länder aus.

Nach fünf weiteren VW-Managern wird ebenfalls wegen Betrugs und Verstoß gegen Umweltgesetze (*Clean Air Act*) gefahndet – doch nicht nur die haben die Härte der US-Justiz richtig eingeschätzt: Zur Präsentation des nur als Benziner erhältlichen VW Atlas auf der Detroit Auto Show reiste lediglich der unverdächtige Markenchef Herbert Diess an – er arbeitete bis 2015, als der Abgaskandal bekannt wurde, bei BMW. Seit Jahren hat VW in den USA kein Geld mehr verdient, weder mit Autos (zwei Prozent Marktanteil) noch dem Dieselantrieb (drei Prozent

Marktanteil). Das Projekt „US '07“ sollte das Nischendasein des größten EU-Autoherstellers beenden – doch der sauteuer beworbene „Clean Diesel“ war ein Betrugsmanöver, das den Konzern Milliarden und wohl einzelne Mitarbeiter die Freiheit kostete.

Daß Fiat-Chrysler vielleicht auch bei Dieseldieseln gemogelt hat, dürfte Schmidts Verteidigung kaum erleichtern. VW hat kriminelle Handlungen zugegeben und kauft sich mit 4,3 Milliarden Dollar bei den US-Behörden straf- und zivilrechtlich frei. Zudem erhalten Dieseldieselfahrer Entschädigungen bis zu 10.000 Dollar oder das Recht, ihren Wagen zurückzugeben – was weitere 17 Milliarden Dollar kostet. Die deutschen Kunden bekommen lediglich einen Brief und einen Werkstatttermin. Nur die Umrüstung der Mogel-Diesels ist für sie kostenfrei. Zeit, auch hierzulande die Strafen und Entschädigungen zu erhöhen?

Strafanzeige gegen VW-Manager:  
► www.justice.gov/opa/press-release/file/923686/download

## EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie

Mit einem entsprechenden Umsetzungsgesetz wurde die EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie (2014/17/EU) zum 21. März 2016 in deutsches Recht umgesetzt – mit einschneidenden Folgen: Ältere Kreditnehmer, die die Tilgung eventuell nicht zu Lebzeiten schaffen können, junge Familien mit schwieriger Prognose ihrer Einkommensentwicklung, Kinderzahl und Berufstätigkeit des Partners sowie Selbständige, die am Anfang ihrer Firmengründung stehen, bekommen seither nur schwer einen neuen Immobilienkredit. Der Grund dafür ist aber

nicht allein die EU-Richtlinie, sondern die bei der Umsetzung von Bundestag und Bundesrat beschlossene Verschärfung. Während etwa in Österreich bei einem Bau- oder Renovierungskredit der jeweilige Immobilienwert weiterhin als Sicherheit einkalkuliert werden darf, wurde dies in Deutschland seither faktisch verboten. Ein neues Finanzaufsichtsergänzungsgesetz soll das Problem entschärfen.

Finanzaufsichtsergänzungsgesetz:  
► dpbt.bundestag.de/dip21/brd/2016/0815-16.pdf

### Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollernndamm 27a · 10713 Berlin  
Fax: 030-864953-40 · Bestelltelefon: 030-864953-25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:  
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: [www.jf-buchdienst.de](http://www.jf-buchdienst.de)

Bestelladresse (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen)

Kundennummer (falls zur Hand)

Vorname/Nachname

Strasse/Nr. (kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon  E-Mail

Datum/Unterschrift  
Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

JF BUCHDIENST  
JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online:  
[jf-buchdienst.de](http://jf-buchdienst.de)

Georg Etscheid (Hrsg.)  
Geopferte Landschaften

Wie die Energiewende unsere Umwelt zerstört  
Die planlose Energiewende hat einen ungeheuren Wildwuchs an Windrädern und Solaranlagen hervorgebracht und entwickelt sich zum bisher rasantesten Flächenverbrauch aller Zeiten in unserem Land. Die letzten unzerstörten Landschaften und Naturreserven werden dafür geopfert. 368 S., Abb., Pb.



Best.-Nr.: 93307

EUR 16,99

Wolfgang Hetzer  
Ist die Deutsche Bank eine kriminelle Vereinigung?

Leistung, die Leiden schafft  
Die Deutsche Bank steht im Verdacht, in ihrem Inneren Subkulturen zugelassen zu haben, deren kriminelle Energie diejenige einer Mafia-Organisation bei weitem übertrifft. Die Liste laufender Prozesse, Ermittlungen und Untersuchungen ist lang, aber die Politik verweigert Maßnahmen. 224 S., Pb.



Best.-Nr.: 93274

EUR 17,99

Michael Grandt  
Das Ende der Lebensversicherung

Warum Sie jetzt handeln müssen und wie Sie Ihre Altersvorsorge retten  
Schritt für Schritt  
Rund 93 Millionen Lebensversicherungspolice sind in Deutschland abgeschlossen. Doch wer heute eine Lebensversicherung ausbezahlt bekommt, erhält bis zu 50 Prozent weniger Geld als kalkuliert. Michael Grandt zeigt Ihnen, wie Sie auch mit wenig Geld ihre Altersvorsorge aufbauen. 240 S., geb.



Best.-Nr.: 93311

EUR 19,99

Max Otte  
Investieren statt sparen

Anlegen in Zeiten von Niedrigzinsen, Bargeldverbot und Brexit  
Die Niedrigzinsphase stellt alle Anleger vor eine große Herausforderung. Worauf müssen Sie jetzt achten, wie bauen Sie ein ertragreiches Depot und ein stattliches Vermögen auf? Finanzexperte Max Otte zeigt, wie man solide Investments identifiziert, die richtige Anlagestrategie wählt und bessere Ergebnisse erzielt als mancher Fondsmanager! 496 S., Pb.



Best.-Nr.: 93310

EUR 20,00

Hans-Olaf Henkel, Joachim Starbatty  
Deutschland gehört auf die Couch!

Warum Angela Merkel die Welt rettet und unser Land ruiniert  
Die beiden renommierten Autoren führen Merkels Politik auf fehlendes Selbstbewusstsein, ideologische Gesinnungsethik und ein krankhaftes Helfersyndrom als Reaktion auf die Untaten des Naziregimes zurück. Spätere, Mittelstand und künftige Generationen werden die Rechnung bezahlen. 256 S., geb.



Best.-Nr.: 93203

EUR 19,90

Hans-Werner Sinn  
Der Schwarze Juni

Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – Wie die Neugründung Europas gelingt  
Für Hans-Werner Sinn stellt der „Schwarze Juni“ 2016 mit dem Brexit und weiteren wichtigen Entscheidungen eine Zeitenwende dar. Wir müssen jetzt handeln! Er legt daher ein kompaktes Programm zur Neugründung Europas und zur Änderung des Lissaboner EU-Vertrags vor. 368 S., geb.



Best.-Nr.: 93264

EUR 24,99

Bruno Bandulet  
Beuteland

Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945



Welche materiellen und geistigen Werte wurden den Deutschen in sieben Jahrzehnten genommen? Was steckt hinter der europäischen Integration und der Masseneinwanderung, und wie verkam der Euro zum Enteignungsprogramm? Bruno Bandulet entlarvt die Verschwörung der Eliten!  
333 S., geb.

Best.-Nr.: 93140

EUR 19,95

Abbildungen können vom Original abweichen!